

DER NEWSLETTER DER SPD RHEINBERG



Liebe Rheinbergerinnen und Rheinberger,

Transparenz und bürgernahe Politik - dafür steht die SPD in Rheinberg. Wir sind im Gespräch mit Sportvereinen, Bürgerinitiativen, Eltern, Rheinberger Geschäftsleuten und anderen Interessengruppen. Argumente und Anregungen aus diesen Gesprächen sind die Grundlage für unsere politische Arbeit in Rheinberg.

In der aktuellen Ausgabe berichten wir unter anderem über die Haushaltsberatungen, den Fortgang des Messengeländes und über die Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Tagespflegeeltern. Unser Landtagsabgeordneter René Schneider kommentiert das Gebäudeenergiegesetz und Jan Dieren stellt sich vor, der als Bundestagsabgeordneter die Betreuung unseres Wahlkreises für die SPD übernommen hat.

Auf unserer Homepage, www.spd-rheinberg.de, sowie auf unseren Social-Media-Kanälen informieren und positionieren wir uns regelmäßig zu den Rheinberger Themen. Mit dem „Roten Ticker“ schließen wir die Lücke zwischen digitalen und analogen Informationsangeboten. Geben Sie uns gerne Rückmeldung! Sie erreichen uns per Mail (info@spd-rheinberg.de), auf Facebook oder Instagram.

Viel Spaß beim Lesen!



Ihr Peter Tullius

Beitrag Mara Laakmann

Kostenlose Hygieneartikel in Schulen

Durch die mögliche Errichtung von Hygieneartikelautomaten an den weiterführenden Schulen schaffen wir für die Schülerinnen und Schüler eine angenehme und hygienische Schumatmosphäre. Mit den Hygienespendenautomaten stellen wir sicher, dass Schülerinnen jederzeit Zugang zu Hygieneprodukten haben und nicht in unangenehme Situationen geraten. Gerade für Mädchen und junge Frauen ist dies ein wichtiger Beitrag für mehr Wohlbefinden und Selbstsicherheit in der Schule.



Besonders erfreulich ist, dass der Anreiz für diesen Antrag durch die Schülersprecherin des Amplonius-Gymnasiums kam. Es ist wichtig, dass wir die Anliegen und Ideen unserer jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger ernst nehmen und uns für ihre Belange einsetzen. Zukünftig setzen sich die Jusos deshalb für eine stärkere Beteiligung der Jugendlichen im Rat ein, um sicherzustellen, dass ihre Anliegen und Bedürfnisse gehört werden. Nur so können wir eine lebendige und vielfältige Stadt gestalten, in der junge Menschen gerne leben und sich entfalten können.



Beitrag Philipp Richter

Bericht aus der Fraktion

Ein Haushalt mit sozialdemokratischen Akzenten

Vor Ostern wurde der Haushalt der Stadt Rheinberg von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD verabschiedet. Im Haushalt konnten wir als SPD-Fraktion deutliche Akzente setzen.

Inklusionshilfe

Unser Antrag zur Erhöhung des Budgets für den Einsatz von Inklusionshelfer:innen an den städtischen Rheinberger Schulen war erfolgreich. Damit ist die wichtige Inklusionsarbeit an den Schulen gesichert.

Global Nachhaltige Kommune

Bereits 2019 hatte die SPD ein „Strategisches Nachhaltigkeitskonzept“ beantragt. Nun wurde das Handlungsprogramm „Global Nachhaltige Kommune“ beschlossen und mit 250.000 Euro Projektmitteln ausgestattet. Die neue Nachhaltigkeitsstrategie umfasst mehr als z. B. den Ausbau von Solaranlagen. Sie verankert Nachhaltigkeitsaspekte in allen Politikfeldern, wie der Sozialpolitik, der Verkehrspolitik oder auch in der Jugendarbeit. Mögliche Maßnahmen wurden von einer Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aus Verwaltung, Politik und Gesellschaft erarbeitet.

Volkshochschule

Mit mehreren Anträgen hat sich die SPD dafür stark gemacht, der VHS dringend benötigte Räume für ihr Kursprogramm zur Verfügung zu stellen.

Nach einem Ratsbeschluss soll die VHS nun einen langfristigen Mietvertrag für die Begegnungsstätte in der Reichelsiedlung erhalten. Damit stehen ihr für ihre wichtige Bildungsarbeit drei zusätzliche Räume zur Verfügung - ein Erfolg der Hartnäckigkeit der SPD.



Weitere wichtige Vorhaben wurden mit Unterstützung der SPD auf den Weg gebracht: Dazu zählen u.a. **Mittel für ein neues Vereinsheim in Millingen** und die **Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Wallanlage** sowie die **bessere Bezahlung von Tagespflegepersonen**.



Beitrag Friedhelm Kung

Mehr Wertschätzung und bessere Bezahlung für die Kindertagespflege

Die Kindertagespflege ist eine unerlässliche Säule in der Kinderbetreuung, auf die Familien dringend angewiesen sind. Immerhin werden aktuell ca. 180 Kinder, das sind über 50 Prozent der unter Dreijährigen, durch Tagespflegepersonen betreut.

Die Bezahlung in der Tagespflege entspricht leider nicht ihrer Bedeutung. Durch die Corona-Pandemie und gestiegene Lebenshaltungskosten hat sich die wirtschaftliche Lage der Kindertagespflegepersonen drastisch verschlechtert. Der Verein „Rheinberg-Kindertagespflege e.V.“ hat seit Oktober 2022 mehrfach darauf hingewiesen und dringend eine Erhöhung der Sachkostenpauschale eingefordert. Ihr Anliegen fand bei der Politik rasch Gehör,

dennoch fiel eine Entscheidung für eine Erhöhung erst in der Ratssitzung am 13. März 2023. Die Verwaltung hatte die Frage einer Erhöhung der Pauschalen immer wieder abgelehnt – trotz der großen Bedeutung, die die Arbeit der Tagespflege für die Kinderbetreuung in der Kommune hat. Auf Initiative der SPD-Fraktion gab es zur Milderung finanzieller Engpässe bis zur Ratsentscheidung begrenzte Einmalzahlungen für die Kindertagespflegepersonen.

Die SPD-Fraktion sieht zukünftig für die Betreuung in der Kindertagespflege weiteren Handlungsbedarf, da die Sachkosten- und Förderpauschalen nicht auskömmlich sein werden. Sie wurden im März von 5,64 pro Kind und Stunde auf 6,50 pro Kind und Stunde festgesetzt. Aktuell ist eine jährliche Erhöhung um 1,5 Prozent festgelegt. Wir finden, das ist angesichts weiter steigender Lebenshaltungskosten nicht auskömmlich. Wir stellen uns z. B. vor, die Bezahlung von Tagespflegepersonen an die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst anzugleichen. Dazu werden wir weiter im Gespräch mit dem Verein „Rheinberg-Kindertagespflege e.V.“ und anderen Tagespflegepersonen bleiben.



Beitrag Peter Bender

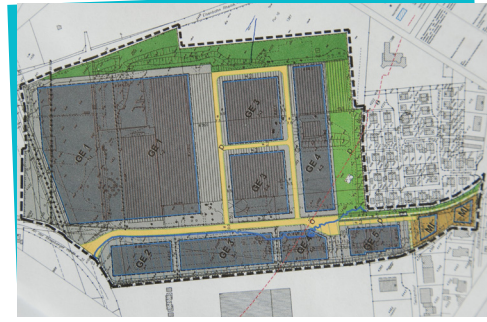
Messeareal - SPD wendet Verfahrensfehler ab!

In der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 8. März 2023 stand auf der Tagesordnung, die notwendigen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes für die geplante Errichtung eines Online-Handelsbetriebes für Gartenmöbel auf dem Messeareal zu erteilen. Von der Verwaltung wurde vorgeschlagen, nördlich des bestehenden Gebäudebestands (aktuell nutzt der Betrieb bereits ca. 25.000 m² der **vorhandenen** Hallenflächen) einen **weiteren** Hallenkomplex von rund 20.000 m² mit einer Gebäudehöhe von 13,30 m (Attika) zu errichten. Die SPD-Fraktion sprach sich in der Sitzung klar und deutlich gegen das nach ihrer Auffassung rechtswidrige Vorgehen aus und hatte mit ihren Einwendungen Erfolg. Noch in der Sitzung schloss sich die große Mehrheit der anderen Fraktionen der Rechtsauffassung der SPD an, so dass der Hallenneubau nicht genehmigt wurde.

Die SPD vertrat die Position, dass zunächst die Inhalte des zukünftigen Bebauungsplanes (der Plan soll von einer Nutzung für Messen, Ausstellungen und Kongresse in ein Gewerbegebiet geändert werden) zu klären sind, ehe ein neues Vorhaben innerhalb dieses Gebietes genehmigt

werden kann. Dazu sind u.a. Fragen zum Abstand zur Wohnbebauung, zur Höhe der geplanten Hallen, zum Verzicht auf eine gewerbliche Nutzung in Richtung der Alpsrayer Straße oder zur Absicherung des Standorts für den Bogensportverein zu klären. Auch sind die Inhalte des Verkehrs- und Lärmgutachtens festzulegen und die daraus erforderlichen Maßnahmen vertraglich/ finanziell abzusichern, meint die SPD.

Als nächster Schritt wird der Inhalt des Bebauungsplans im Ausschuss/Rat der Stadt festgelegt und dann öffentlich ausgelegt. Danach (ca. im Herbst 2023) kann erneut geprüft werden, ob die Halle genehmigt werden kann.



Gebäudeenergiegesetz: Jetzt nur keine Panik!



Die Angst geht um bei deutschen Hauseigentümern. Ab 2024 dürfen keine neuen Gas- und Ölheizungen mehr eingebaut werden. Der Grund: Wir sind abhängig von fossilen Brennstoffen und heizen damit zudem das Klima weiter auf. Rund 18 Prozent aller CO₂-Emissionen in

Deutschland entstehen durch das Beheizen und Kühlen von Gebäuden sowie die Warmwasserbereitstellung.

Dass es nun so schnell geht mit dem Verbrenner-Aus versetzt viele Menschen in Panik. Das muss nicht sein, denn weiterhin gilt, dass kaputte Gas- und Ölheizungen repariert werden dürfen. Erst wenn das nicht mehr geht, muss eine neue Heizung zu mindestens 65 Prozent aus erneuerbaren Energien gespeist werden. Heißt praktisch, dass Fernwärme oder eine Wärmepumpe zum Einsatz kommen. Beides ist tatsächlich nicht billig, weshalb sich die SPD für eine größtmögliche Förderung einsetzt. Stand jetzt sollen 30 Prozent der Kosten für alle übernommen werden. Danach kommt es auf die tatsächliche Bedürftigkeit an.

Mein Tipp: Jetzt erst einmal Ruhe bewahren! Besitzer einer alten Öl- oder Gasheizung sollten in diesem Jahr auf keinen Fall noch schnell eine neue fossile Anlage einbau-

en lassen, denn der Preis für Öl und Gas wird in Zukunft extrem steigen. Hintergrund ist die so genannte CO₂-Bepreisung, die den Ausstoß des klimaschädlichen Gases finanziell bestraft. Das eingenommene Geld soll jenen zugutekommen, die zum Beispiel eine klimafreundliche Heizung einbauen lassen wollen, denen aber das Geld dazu fehlt. Unser Ziel: Künftig soll eine neue, klimafreundliche Heizung nicht mehr kosten als die Öl- und Gasheizung heute.

Sie haben noch Fragen? Gerne schicken wir Ihnen ein Infopaket: info@reneschneider.de


Ihr René Schneider



/SPDRheinberg



@spd.rheinberg



spd-rheinberg.de

Vorstellung: Jan Dieren, MdB

Liebe Rheinberger:innen,

seit der Bundestagswahl 2021 bin ich Mitglied des Deutschen Bundestages und vertrete dort die Interessen der Menschen in Moers, Krefeld und Neukirchen-Vluyn. Nach dem plötzlichen Tod des Bundestagsabgeordneten Rainer Keller, im September 2022 ist der Wahlkreis Wesel I in meine Vertretung überge-

gangen. Das heißt, ich bin nun direkter Ansprechpartner für ihre Anliegen in Rheinberg.

Seit der letzten Wahl ist die SPD in einer Koalition mit den Grünen und der FDP. Eine Koalition zwischen drei so unterschiedlichen Parteien ist nicht immer einfach. Mit dem Bürger:innengeld, dem Mindestlohn und der Wohngeldreform haben wir wichtige sozialdemokratische Projekte bereits im ersten Jahr der Koalition umgesetzt. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12Euro haben wir nicht nur ein zentrales Wahlkampfversprechen eingelöst und spürbare Verbesserungen für Millionen Beschäftigte in Deutschland durchgesetzt – denn mit der Erhöhung des Mindestlohnes steigen auch höhere Lohngruppen merklich.

Ein Teil dieses Anstiegs wird allerdings durch die stark gestiegenen Preise wieder aufgefressen. Durch die Inflation sinken im Ergebnis die Reallöhne, sodass die Menschen am Ende von ihren Löhnen weniger haben. Viele wissen nicht mehr, wie sie mit dem knapperen Geld über die Runden kommen und ihre Rechnungen bezahlen sollen. Deswegen waren die drei Entlastungspakete und die Energie-Preisbremsen notwendig. Aber sie reichen noch nicht. Wir müssen vor allem für eine sozial gerechte Energieversorgung sorgen.

In den letzten Monaten haben wir gemerkt, dass wir die

öffentliche Daseinsvorsorge nicht weiter dem „freien Spiel des Marktes“ überlassen dürfen. Er ist nicht in der Lage, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Das haben wir in der Energiekrise gesehen, aber das gilt auch für andere Bereiche wie zum Beispiel die Gesundheitsversorgung. Deswegen ist es wichtig, dass wir nun eine Reform der Krankenhausversorgung für die Menschen auf den Weg bringen. Außerdem müssen wir weiter gemeinsam dafür sorgen, dass die Interessen der arbeitenden Menschen in der Arbeitswelt eine höhere Bedeutung bekommen. Die geplante Schließung von 47 Kaufhof-Filialen bundesweit oder die Angriffe der Arbeitgeberverbände auf das Arbeitszeitgesetz zeigen, wie wichtig starke Gewerkschaften für die Vertretung der Interessen arbeitender Menschen sind. Der Platz der Sozialdemokratie ist dabei an der Seite dieser Menschen.

Als Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales bin ich unter anderem für die Mitbestimmung der Kolleg:innen in den Betrieben und Unternehmen zuständig. Leider hat die Mitbestimmung nicht die gesellschaftliche Bedeutung, die ihr angemessen wäre. Sie ist heute sogar rückläufig. Dabei sind Unternehmen mit Betriebsräten produktiver, die Beschäftigten zufriedener. Überall, wo es starke Mitbestimmung gibt, ist auch das Vertrauen der Menschen in demokratische Strukturen stärker. Deswegen brauchen wir ein Update der Mitbestimmung, darauf haben wir uns im Koalitionsvertrag verständigt. Im Parlament werden wir jetzt darüber diskutieren, wie wir das genau ausgestalten.

Ich freue mich, wenn Sie sich mit Ihren Anliegen, Fragen oder Ihrer Kritik an mich wenden.



Ihr Jan Dieren



Lust mit uns durchzustarten?



Sie sind herzlich eingeladen, mitzugestalten bei der SPD Rheinberg, bei der AG60+ oder den Jusos. Egal, ob Sie über Projekte informiert, an bestimmten Aktionen teilnehmen oder direkt Mitglied werden wollen, zögern Sie

nicht, uns zu kontaktieren. Bei Interesse sprechen Sie gerne unseren Vorsitzenden Peter Tullius (info@spsdrheinberg.de) an oder schreiben uns eine Nachricht auf unseren Social-Media-Kanälen.

Veranstaltungshinweis

Frühstück der AG 60plus

Freitag, den 9. Juni 2023 9:30 bis 11:30 Uhr

Freitag, den 14. Juli 2023 9:30 bis 11:30 Uhr

Geschäftsstelle SPD-Rheinberg, Großer Markt 17